



# iran-report

Nr. 10/2005

## ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Islamischer Gottesstaat oder Islamische Republik? / Ahmadinedschad auf der UN-Vollversammlung / Gandjis Schicksal völlig ungewiss / Zwei Kurden hingerichtet / Zum Tode verurteilter Mann öffentlich hingerichtet / Mehrere Pipelines im Süden gesprengt / Ghalibaf, neuer Bürgermeister der Hauptstadt / Liebesfonds für Jugendliche

### II. Wirtschaft

Handelsvolumen Iran-EU über zwanzig Milliarden Euro / Atomkonflikt und Ölpreise / Hundert Millionen Dollar für Schulen / UN-Bericht über die menschliche Entwicklung: Iran an 99. Stelle / Deutsche Unternehmen vor Irans Rüstungsplänen gewarnt / Indien und Iran und die Gaspipeline / Die unendliche Geschichte mit Turkcel

### III. Außenpolitik

Streit um iranisches Atomprogramm eskaliert / Reaktionen auf Resolution / Parlament beschließt Kündigung des Zusatzprotokolls zum Atomsperrvertrag / Demonstration vor britischer Botschaft in Teheran / „Kommerçant“: Russland ist Verlierer / US-Vertreter zeigen Diplomaten Satellitenfotos von Irans Atomanlagen / Israel: Iran könnte in einem halben Jahr Know-how für Atombombe haben / Iran bot USA Hilfe an / Vorwurf der Einmischung in irakische Angelegenheiten zurückgewiesen



*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.*

*Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.*

*Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 11/2005 Anfang November) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im September 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

[www.boell.de](http://www.boell.de)



## I. Innenpolitik

### Islamischer Gottesstaat oder Islamische Republik?

Nach Meinung der Radikalislamisten, die nach der Rückeroberung des Parlaments vor anderthalb Jahren und der Regierung vor zwei Monaten nun die Staatsmacht komplett monopolisiert haben, ist der Prozess der Gründung eines „rein islamischen Staates“ noch längst nicht abgeschlossen. Aus ihrer Sicht wurden zu Beginn der Revolution in der Ära Chomeini zwar die Grundpfeiler dieses Staates gesetzt, aber der achtjährige Krieg gegen Irak habe den weiteren Ausbau verhindert. Die Ära Rafsanjani, die nach dem Krieg folgte, in der eine erste Öffnung nach außen und ein wirtschaftlicher Aufschwung nach innen stattfand, bezeichnen die Islamisten ebenso als eine „Abweichung vom richtigen Weg“ wie den Weg, den die Reformer unter Führung von Mohammad Chatami einschlugen. Beide Perioden, die „unter dem verblichenen Einfluss des Westens“ lagen, hätten das Land auf Irrwege geführt. Erst jetzt sei die Zeit gekommen, in der die Ideen der Revolution und die Vorstellungen Chomeinis realisiert werden könnten.

Dieser Zielsetzung entsprechend hat der neue Präsident Ahmadinedschad seit seiner Wahl das Wort „Republik“ nicht mehr in den Mund genommen. Statt „Islamische Republik“ verwendet er nur noch den Begriff „Islamischer Staat“, obwohl einige Parlamentsabgeordnete ihn deswegen kritisiert haben. Darin stimmt er mit jenen Radikalislamisten überein, die schon seit der Gründung des islamischen Staates die Meinung vertreten, dass der Begriff „Republik“, der die Herrschaft des Volkes zum Ausdruck bringt, in einem Gottesstaat, der dem Willen Gottes folgt, nichts zu suchen hat. Dem entspricht auch das System des Welayat-e faghieh, der Herrschaft der Geistlichkeit. Dieses System, dem ein geistlicher Revolutionsführer mit uneingeschränkter Macht vorsteht, steht im unversöhnlichen Widerspruch zu dem Wesen einer Republik, in der das Prinzip der Gewaltenteilung herrscht und in dem die Entscheidungen vom Volk bzw. von seinen gewählten Vertretern getroffen werden. An genau diesem Widerspruch krankt die Islamische Republik schon seit ihrem Bestehen.

In der Ära Chatami hat sich dieser Widerspruch besonders deutlich herauskristallisiert. Während die Reformer, ohne das Gesamtsystem in Frage zu stellen, den Versuch unternahmen, der Rolle des Volkes immer mehr Gewicht zu geben, waren die Radikalislamisten bemüht, den Revolutionsführer und die von ihm abhängigen Institutionen, zum Beispiel den Wächterrat, mit mehr Macht auszustatten. Neu ist, dass sich die Diskussion, oder besser der ideologische Kampf über Gottesstaat oder Republik nun auch im Lager der Konservativen, namentlich zwischen den Moderaten und radikalen Rechten fortsetzt, so dass sich inzwischen drei wichtige Strömungen im islamischen Lager gebildet haben: Reformer, Traditionalisten und die so genannten „Prinzipientreuen“.

Die Kontroverse zwischen diesen Strömungen wurde nicht nur während des Wahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen offen ausgetragen, sondern sogar innerhalb der Expertenversammlung. Diese Versammlung, die jährlich einmal tagt und ebenfalls vom Volk gewählt wird, setzt sich aus „Experten“ des islamischen Glaubens zusammen und hat unter anderem die Aufgabe, den Revolutionsführer zu wählen oder gegebenenfalls auch abzuwählen. Damit gehört sie zu den wichtigsten Organen des Gottesstaates. Bei ihrer diesjährigen Versammlung betont sie in der Abschlusserklärung: „Das System des Welayat-e faghieh (Herrschaft der Geistlichkeit) hat sich mit der Wahl des Revolutionsführers, der durch seine religiöse Führung, gestützt auf Gerechtigkeit, Mut und Führungsfähigkeit herausragt, etabliert. Die Erfahrung unseres Staates zeigt, dass gerade durch diese Instanz die Verteidigung unseres Staates, die Verwirklichung islamischer Ideale, die nationale Solidarität und der Widerstand gegen teuflische Mächte gesichert werden. Die jüngsten Erfahrungen zeigen, dass gerade deshalb die Feinde unseres islamischen Staates ihre Pfeile auf das System des Welayat-e faghieh gerichtet haben.“ Aus demselben Grund stehe das Volk geschlossen hinter diesem „Bollwerk“, das „unsere nationale Identität und unsere Ehre“ symbolisiert. Das Volk sei entschlossen, sich der „segenreichen Führung des Ayatollah Chomeini zu fügen“ und ohne Opfer zu scheuen, seine Anweisungen durchzusetzen.



Trotz dieser eindeutigen Stellungnahme für das System des Welayat-e faghieh herrscht selbst in der Expertenversammlung in der Bewertung dieses Systems keine Einigkeit. In der Debatte, die während der zweitägigen Tagung geführt wurde, kam es sogar zwischen dem erzkonservativen Ayatollah Ali Meschkini und dem Radikalislamisten Mesbah Yazdi, zu dessen Jüngern auch Staatspräsident Ahmadinedschad gehört, zu einem heftigen Streitgespräch. Während Meschkini eine Balance zwischen der religiösen Staatsführung und den vom Volk gewählten Instanzen herstellen wollten, vertrat Mesbah Yazdi den Standpunkt, die Richtlinien der Staatsführung kämen von Gott und würden durch den Revolutionsführer verkündet.

Es besteht kein Zweifel, dass der ideologische Kampf, der alle Bereiche der Gesellschaft umfasst, sich nicht nur in der Politik, sondern besonders auch in den Bereichen Bildung, Kultur, Medien, Frauen und Jugend, weiter verschärfen wird. Bereits jetzt, wenige Wochen nach der Wahl der neuen Regierung, ist die veränderte gesellschaftliche Atmosphäre deutlich spürbar.

#### **Ahmadinedschad auf der UN-Vollversammlung**

Irans neuer Staatspräsident nahm in Begleitung seines Außenministers Manuchehr Mottaki und des Sekretärs des iranischen Nationalrats Ali Laridjani an der dreitägigen UN-Vollversammlung teil. Es war die erste Auslandsreise des Regierungschefs, die nicht nur neugierig machte, weil man wissen wollte, wie sich einer, der aus unteren gesellschaftlichen Schichten stammt und mit diplomatischen Gepflogenheiten nicht vertraut ist, auf dem internationalen Parkett bewegen würde. Noch mehr gespannt war man in New York auf seine angekündigten Vorschläge, die eine Lösung des Atomproblems bringen sollten.

Bei seiner ersten, fünfminütigen Rede vor dem Weltgipfel erwähnte Ahmadinedschad nur kurz den Atomkonflikt und warnte indirekt jene Staaten, die den UN-Sicherheitsrat anrufen wollten. „Sinn und Zweck der Vereinten Nationen ist die Förderung des globalen Friedens und der Ruhe“, sagte er. „Deshalb wäre jede Erlaubnis für Präventivmaßnahmen, die im wesentlichen auf der

Einschätzung von Absichten und nicht auf objektiven Tatsachen beruhen, ein eklatanter Verstoß gegen die ureigsten Grundsätze der Vereinten Nationen und gegen den Geist und Buchstaben ihrer Charta“.

Bei seiner zweiten Rede, die eine halbe Stunde dauerte, griff Ahmadinedschad den Westen, vor allem die USA scharf an. Die gegenwärtige Weltlage erzeuge sowohl Ängste als auch Hoffnungen, sagte er. „Die Militarisierung, die Zunahme der Armut, der Abstand zwischen armen und reichen Staaten, der Einsatz von Gewalt zur Lösung von Konflikten, die Verbreitung des Terrorismus, insbesondere des staatlichen Terrorismus, die Zunahme von Massenvernichtungswaffen und schließlich die ungleiche Behandlung von Nationen“ seien beängstigend und bedrohten die Zukunft. Diese Bedrohungen seien zwar real, aber nicht zwingend. Der „gemeinsame Wille der Menschen“ sei in der Lage, der Entwicklung eine andere Richtung zu geben und sie zu einem hoffnungsvollen und glücklichen Dasein zu führen.

Ungleichheit und Ungerechtigkeit bilden den Nährboden für Hass, Krieg und Terrorismus, sagte Ahmadinedschad. Dort, wo Gerechtigkeit und Gleichheit herrsche, herrsche auch Frieden. „Die Islamische Republik Iran entstand aus der reinen Seele jener Menschen, die von Glauben und Gerechtigkeit beseelt und entschlossen waren, ihre Würde und ihre Rechte zu erlangen“, sagte der Staatspräsident. „Die islamische Revolution brachte ein Regime zum Sturz, das unterstutzt von jenen Staaten, die Demokratie und Menschenrechte für sich beanspruchen, durch einen Putsch an die Macht gekommen war und fünfundzwanzig Jahre lang durch Unterdrückung, Folter und Abhängigkeit das Volk an Entwicklung und Fortschritt hinderte. Die Islamische Republik ist Vorbild für eine wirkliche Demokratie in der Region.“

Ahmadinedschad kam auf den achtjährigen irakisch-iranischen Krieg zu sprechen. Dieser Krieg sei Iran von dem Regime Saddam Husseins aufgezwungen worden, ein Krieg, in dem „schreckliche Massenvernichtungswaffen gegen unser Volk eingesetzt wurden“, sagte er und stellte die Frage, wer Saddam diese Waffen zur Verfügung gestellt habe. „Wie haben jene, die heute gegen Massenvernichtungswaffen kämpfen wollen, damals auf den Einsatz dieser Waffen



reagiert“, fragte Ahmadinedschad und griff dann direkt die USA und Israel an: „Ein Staat, der bereits Atomwaffen eingesetzt hat und heute sein Atomarsenal immer mehr aufstockt, Tests durchführt, ein Staat, der zehntausende Menschen im Irak und Kuwait, ja sogar eigene Soldaten mit Uranbomben getötet oder folgenreich verletzt hat, ein Staat, der selbst den Atomsperrvertrag permanent missachtet, sich weigert den Vertrag über die Einstellung von Atomtests zu unterzeichnen und dem zionistischen Regime Massenvernichtungswaffen zur Verfügung stellt, ist nicht nur nicht bereit, seine Fehler zu korrigieren, er möchte auch mit Gewalt andere Völker daran hindern, ihre Technologie zur friedlichen Nutzung der Atomenergie weiterzuentwickeln.“ All dies rühre daher, dass zwischen einigen mächtigen Staaten und anderen Ländern keine Gerechtigkeit herrsche, sagte Ahmadinedschad.

Nach dem 11. September sei eine „radikale Gruppe“ terroristischer Aktivitäten beschuldigt worden, obwohl niemals geklärt worden sei, warum die so versierten Geheimdienste eine so groß angelegte Aktion nicht hätten aufdecken und verhindern können und warum jene Mächte, die sich als Verteidiger der Menschenrechte bezeichneten, heute dieselben Gruppen, die sie einst in Afghanistan unterstützt hätten, als ihre schlimmsten Feinde bezeichnen.

Das größte Problem liege darin, dass einige Mächte anderen Völkern Ungerechtigkeit aufzwingen und gewaltsam unterdrücken und sich gleichzeitig, gestützt von einem mächtigen Propagandaapparat, als Verteidiger der Menschenrechte und Demokratie darstellen, sagte Ahmadinedschad.

Die Weltöffentlichkeit sei über die Vorgänge in den besetzten Gebieten Palästinas gut informiert und beobachte genau, wie „Frauen und Kinder getötet, Jugendliche in Gefangenschaft gebracht, Häuser zerstört und Felder verbrannt“ werden. Dennoch werde der Widerstand der Palästinenser als Terrorismus bezeichnet, während „das Regime der Besatzer, das sich an keine Grundsätze gebunden fühlt und bei dem Terror zum täglichen Programm gehört, von den zuvor genannten Staaten unterstützt wird“.

Im letzten Teil seiner Rede legte Ahmadinedschad seine Vorschläge vor. Das

Vorgehen einiger Staaten gegen andere Mitglieder des Atomsperrvertrags (NPT) bezeichnete er als „nukleare Apartheid“. Die friedliche Nutzung der Atomenergie ohne den Kreislauf des nuklearen Brennstoffs ergäbe keinen Sinn, sagte Ahmadinedschad. Und ein Land, das Atomreaktoren besitze, aber nicht selbst den Brennstoff herstellen könne, gerate zwangsläufig in Abhängigkeit. Keine Regierung der Welt, die im Interesse des eigenen Volkes arbeite, werde dieser Abhängigkeit zustimmen. Für diese Abhängigkeit liefere die Geschichte der Ölindustrie ein anschauliches Beispiel. Bei dem Konflikt um das iranische Atomprogramm gehe es um die Erhaltung des Monopols der Atomtechnologie. Um dieses Monopol nicht zu verlieren, werde behauptet, Iran wolle die Atombombe bauen. Dies sei nichts anderes als „listige Propaganda“.

Schon aus religiösen Gründen werde Iran keine Nuklearwaffen herstellen. Das iranische Atomprogramm unterscheide sich nicht von dem anderer Staaten. Dennoch sei Iran bereit, um Klarheit zu schaffen und Vertrauen zu bilden, private und staatliche Unternehmen an dem Projekt der Urananreicherung zu beteiligen. Dieses Angebot sei ein weiterer, wichtiger Schritt außerhalb des Rahmens der Vereinbarungen des Atomsperrvertrags (NPT), den die Islamische Republik vorschlage, um Vertrauen herzustellen.

Iran werde, ausgehend von seinem Recht zur Herstellung des nuklearen Brennstoffkreislaufs, im Rahmen des Atomsperrvertrags die enge Zusammenarbeit mit der Internationalen Atombehörde (IAEA) fortsetzen. „Verhandlungen mit anderen Staaten erfolgen auf dieser Grundlage.“

Die Erfahrung habe gezeigt, dass internationale Vereinbarungen über die Lieferung des nuklearen Brennstoffs nicht glaubwürdig seien. Kein Vertrag könne die Lieferung des Brennstoffs sichern. Es habe in der Vergangenheit verschiedene Fälle gegeben, bei denen bilaterale Verträge aus politischen Gründen gekündigt oder stillgelegt worden seien. Daher betrachte Iran die Urananreicherung als sein legitimes Recht und werde darauf nicht verzichten.

Zum Schluss schlug Ahmadinedschad vor, zu den europäischen Verhandlungspartnern Deutschland, Frankreich, Großbri-



tannien weitere Länder, insbesondere Südafrika hinzuzuziehen.

#### **Gandjis Schicksal völlig ungewiss**

Der iranische Journalist Akbar Gandji, der sich wegen seiner kritischen Artikel und Bücher gegen die islamische Staatsführung seit mehr als fünf Jahren in Haft befindet, wurde nach einer kurzfristigen Behandlung in einem staatlichen Krankenhaus wieder ins Gefängnis gebracht. Seitdem gibt es keinerlei Informationen über ihn.

Gandji, der schon seit Jahren unter schwerem Asthma und starken Rückenschmerzen leidet, hatte mit einem unbefristeten Hungerstreik gegen die unerträglichen Haftbedingungen protestiert und seine bedingungslose Freilassung verlangt. Nach sieben Tagen Streik war sein Leben stark gefährdet. Internationale Menschenrechtsorganisationen und einflussreiche Persönlichkeiten, darunter UN-Generalsekretär Kofi Annan, forderten seine Freilassung. Auch in Iran selbst wurden die Proteste immer lauter. Um den ohnehin schlechten Ruf Irans nicht noch mehr zu schädigen, gab die Justiz Gandji und seiner Familie das Versprechen, Gandji bald freizulassen, wenn er seinen Hungerstreik beenden würde. Dem stimmte Gandji zu. Aber als die Ärzte nach einigen Tagen seinen Gesundheitszustand als „wieder normal“ bezeichneten, wurde er statt nach Hause wieder ins Gefängnis gebracht.

Gandjis Frau, Masumeh Schafi-i, teilte in einem an die „internationale Organisation der Menschenrechte“ gerichteten Schreiben vom 15. September mit, ihr Mann befinde sich in Einzelhaft und habe Besuchsverbot. „Seit 21 Tagen haben wir keinerlei Nachricht von ihm“, schrieb sie. Sie befürchte, dass die Folgen des Hungerstreiks seine Gesundheit gefährden. Die Justiz habe erklärt, Gandji befinde sich in der „medizinischen Isolation“. „Das ist für uns äußerst beunruhigend.“

Am 21. September veröffentlichte die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ ein Protestschreiben an die iranische Justiz. „Seit 25 Tagen haben wir keine Nachricht von Gandji“, heißt es in dem Schreiben. „Wie es scheint, wird Gandji in einer Einzelzelle einer Sonderabteilung des Eviner Gefängnisses (in Teheran) völlig isoliert festgehalten. Zu dieser Abteilung haben nur Beamte

der Justiz und des Geheimdienstes Zugang.“ Die Isolierung eines zur Gefängnisstrafe verurteilten Gefangenen verstoße gegen das in Iran geltende Recht auf den Besuch von Familie und Anwälten. Ferner habe die Justiz gegen die eigene Vereinbarung mit Gandji verstoßen, ihn nach der Entlassung aus dem Krankenhaus frei zu lassen. Die Organisation erklärt, sie werde alles Mögliche unternehmen, um Gandjis Freilassung zu erreichen.

#### **Zwei Kurden hingerichtet**

Wie aus Kreisen der kurdischen Autonomiebewegung im iranischen Kurdistan bekannt wurde, wurden am 12. September Esmail Mohammadi und Mohammad Pandjoweini in der Stadt Mohabad hingerichtet.

Mohammadi war vierzig Jahre alt, verheiratet und Vater von fünf Kindern. Er war vor zwei Jahren wegen Mitgliedschaft in der Widerstandorganisation Komuleh verhaftet worden. Nach Angaben der Organisation wurde Mohammadi zunächst ein Jahr lang Verhören unterzogen und Folterungen ausgesetzt, bis er schließlich zum Tode verurteilt wurde. Zahlreiche internationale Menschenrechtsorganisationen protestierten vergeblich gegen das Urteil. Als seine jüngste Tochter ihn am 13. September besuchen wollte, wurden ihr das Testament und die Kleider ihres Vaters ausgehändigt.

Pandjweini war ebenfalls politisch aktiv, bevor er vor längerer Zeit verhaftet wurde. Weitere Einzelheiten über ihn sind nicht bekannt.

Inzwischen hat Amnesty International in einer Eilmeldung auf weitere Hinrichtungen von vier kurdischen Aktivisten, Abubakr Mirzai Ghaderi, Osman Mirzai Ghaderi, Ghader Ahmadi und Djangangir Baduzadeh, hingewiesen.

Die drei ersten seien wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Demokratischen Partei des iranischen Kurdistan verhaftet worden, schreibt Amnesty International. In Wirklichkeit seien sie jedoch Soldaten der regulären Armee gewesen, die 1984 im Kampf gegen kurdische Autonomisten von der Demokratischen Partei gefangen genommen, später jedoch aufgrund ihrer kurdischen Abstammung freigelassen worden. Danach hätten sie sich Jahre lang versteckt gehalten. Erst Anfang dieses Jahres





seien sie in ihre Geburtsstadt zurückgekehrt. Ihnen werde jetzt nach einundzwanzig Jahren vorgeworfen, mit der Demokratischen Partei zusammengearbeitet zu haben.

Die Vorwürfe gegen Baduzadeh, der ebenfalls hingerichtet werden soll, seien nicht bekannt, schreibt AI in der Eilmeldung.

Die demokratische Partei des iranischen Kurdistan fordert seit Jahrzehnten für die von Kurden bewohnten Gebiete, die zu den am meisten benachteiligten des Landes gehören, mehr Autonomie und eine größere Beteiligung am nationalen Reichtum.

Seit geraumer Zeit halten im iranischen Kurdistan größere Unruhen an. Den Anlass lieferte die Erschießung eines jungen Oppositionellen namens Schawan Ghaderi. Bisher sind mehrere Kurden getötet und zahlreiche verhaftet worden.

#### **Zum Tode verurteilter Mann öffentlich hingerichtet**

Erneut wurde am 17. September ein zum Tode verurteilter Mann öffentlich hingerichtet. Einer Meldung der Nachrichtenagentur IRNA zufolge wurde der wegen mehrerer bewaffneter Banküberfälle vor zwei Jahren festgenommene Täter in der südiranischen Stadt Ahwas gehängt. Damit wurden in diesem Jahr mindestens 59 Menschen in Iran hingerichtet. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International lag die Zahl der in Iran Hingerichteten im vergangenen Jahr insgesamt bei mindestens 159, wobei die Dunkelziffer möglicherweise weit höher sei. Iran ist demnach nach China das Land mit den meisten Hinrichtungen weltweit. In Iran steht u.a. auf Ehebruch, Mord, Spionage, Drogenhandel mit mehr als fünf Kilogramm Opium, Vergewaltigung, Prostitution, Gotteslästerung und Beleidigung des Propheten Mohammed die Todesstrafe. Politische Gegner werden zumeist entweder durch Attentate liquidiert oder als Kriminelle (Spionage, Drogenhandel u. ä.) zum Tode verurteilt.

#### **Mehrere Pipelines im Süden gesprengt**

Nach Angaben von Gholamreza Schariati, Stellvertreter des Gouverneurs der südlichen Provinz Chusistan sind die Detonationen, die am 1. September zur

Sprengung mehrerer Pipelines führten, das Werk von Terroristen gewesen.

Wie die Nachrichtenagentur ISNA berichtet, haben in der Nacht zum 1. September in der Nähe der Stadt Ahwas in Abständen von jeweils einer Stunde drei Detonationen stattgefunden, die zur Zerstörung mehrerer Pipelines geführt haben. Eine Stunde später wurde jedoch der Ölfluss automatisch gestoppt.

Das ausgebrochene Feuer sei schnellstmöglich unter Kontrolle gebracht worden, so dass keine größeren Schäden entstanden seien, sagte Schariati. Bisher habe niemand die Verantwortung für das Attentat übernommen. Einige Verdächtige seien verhaftet worden.

Bereits im April dieses Jahres hatte es in der zumeist von arabisch sprechenden Iranern bewohnten Provinz Chusistan größere Unruhen gegeben, die mehrere Tage andauerten. Dabei kamen mindestens fünf Menschen ums Leben, es gab zahlreiche Verletzte. Mehrere Demonstranten wurden verhaftet, einige von ihnen befinden sich immer noch in Haft.

Im Juli detonierten in der Stadt Ahwas mehrere Bomben. Dabei wurden sieben Menschen getötet und vierzig verletzt. Das iranische Informationsministerium behauptet, die Bombenleger sowie die Initiatoren der Unruhen gefasst zu haben. Diese seien „Werkzeuge“ Großbritanniens und der „umstürzlerischen Opposition“ gewesen. London bezeichnete die Behauptung als „völligen Unsinn“.

Ungeachtet solcher Behauptungen und Spekulationen kann nicht geleugnet werden, dass ethnische Konflikte, die aufgrund einer oft nicht hinnehmbaren ökonomischen und kulturellen Benachteiligung von Minderheiten bestehen, durch Außenmächte zur Schwächung der Zentralregierung geschürt werden. Neben Kurdistan im Westen und Chusistan im Süden gehört Belutschistan im Osten Irans zu den Gebieten, die einen günstigen Nährboden für ethnische Konflikte bieten.

#### **Ghalibaf, neuer Bürgermeister der Hauptstadt**

Mohammad Ghalibaf wurde nach wochenlangem Gezerre vom Teheraner Stadtrat zum Bürgermeister gewählt. Seine Wahl fiel sehr knapp aus. Acht Ratsmitglieder



der stimmten für ihn, sieben für seinen Rivalen Mohammad Aliabadi. Damit tritt er die Nachfolge von Mahmud Ahmadedschad an, der Ende Juli zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

Ghalibaf hatte zunächst für das Amt des Staatspräsidenten kandidiert, war aber bereits in der ersten Runde ausgeschieden. Er gehörte zu den vier Kandidaten aus dem rechten Lager. Seine Wahl zum Bürgermeister ist ein weiteres Indiz für die zunehmende Militarisierung des Staatsapparats.

Der nun 44-jährige Ghalibaf war, bevor er für das Amt des Staatspräsidenten kandidierte, Teherans Polizeipräsident. Seine erste Karriere machte er während des achtjährigen iranisch-irakischen Kriegs (1980-1988). Mit 22 Jahren übernahm er das Kommando der Nasr-Division. Nach dem Krieg leitete er Aufbauprojekte bei den Revolutionswächtern. Später ernannte ihn Revolutionsführer Chamenei zum Chef der Luftwaffe der Revolutionswächter. Im Jahr 2000, ein Jahr nach den großen Studentenunruhen, trat er den Posten des Polizeipräsidenten an. Hier versuchte er den Polizeiapparat zu modernisieren und Konflikte eher mit friedlichen Mitteln zu lösen. Doch gleichzeitig wurde das Einwohneramt, das ihm unterstand, zu einer Art Untersuchungsgefängnis umfunktioniert. Zahlreiche Journalisten, Filmemacher, Schriftsteller, Künstler und Weblogger wurden dorthin bestellt, Tage lang verhört und manche von ihnen ohne rechtlich Handhabe für längere Zeit in Haft gehalten. Obwohl Journalisten Ghalibaf während seines Wahlkampfes immer wieder zu dieser Angelegenheit befragten, hat er nie dazu Stellung genommen.

#### **Liebesfonds für Jugendliche**

Presseberichten zufolge will die neue konservative Regierung einen so genannten „Liebesfonds“ für junge Menschen einrichten. Damit sollen Jugendliche beim Suchen eines Jobs, eines Partners und einer Wohnung unterstützt werden. Der Fonds soll mit einer Summe von umgerechnet rund 1,1 Milliarden Euro ausgestattet werden. Das Geld soll aus den Öleinnahmen kommen. Damit will die Regierung der Arbeitslosigkeit, die unter Jugendlichen besonders hoch ist, entgegen wirken.

Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen hat nicht nur ökonomische, sondern auch soziale Folgen. Wenn junge Erwachsene nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und sich eine eigene Wohnung zu leisten, können sie auch keine Familie gründen.

„Der Fonds wird die Probleme der Jugendlichen – Arbeitslosigkeit, Hochzeit und Wohnung – lösen“, sagte Vizepräsident Farhad Rahbar. Mit dem Fonds löst der neue Präsident Mahmud Ahmadedschad ein Wahlversprechen ein. Er hatte während des Wahlkampfes damit geworben, die Bevölkerung an den Öleinnahmen zu beteiligen. „Jeder wird bei jeder Mahlzeit feststellen, dass er an den Öleinnahmen beteiligt ist“, hatte Ahmadedschad gesagt.

Das neue Gesetz für den „Resa Liebesfonds“, der nach einem der schiitischen Imame benannt wird, muss noch vom Parlament und dem Wächterrat bestätigt werden.

Die Frage ist, ob es nicht besser wäre, in Bereiche zu investieren, die Arbeitsplätze schaffen statt Geschenke zu verteilen.





## II. Wirtschaft

### Handelsvolumen Iran-EU über zwanzig Milliarden Euro

Zwischen Iran und den EU-Staaten wurden im vergangenen Jahr Waren im Wert von insgesamt mehr als zwanzig Milliarden Euro ausgetauscht. Dies teilte Irans Botschafter in Österreich, Mohsen Nabawi, am 20. September der Presse mit. Die offizielle Statistik zeige, dass die EU-Staaten im vergangenen Jahr Waren im Wert von 7,18 Milliarden Euro aus Iran importiert und Waren im Wert von 11,86 Milliarden Euro nach Iran exportiert haben, sagte der Botschafter, der an einer gemeinsamen Tagung der iranischen und österreichischen Handelskammer in Wien teilnahm. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres zeige der Handel im Vergleich zur selben Zeitspanne im Vorjahr einen Anstieg von 41,7 Prozent und habe damit die Summe von 5,247 Milliarden Euro erreicht.

Die Handelsbilanz zwischen Iran und Österreich zeige einen sprunghaften Anstieg, sagte Nabawi. Im vergangenen Jahr habe Iran seinen Export nach Österreich um 320 Prozent gesteigert und einen Wert von 63 Millionen Euro erreicht. Auch Österreichs Export nach Iran habe sich um elf Prozent auf 364 Millionen Euro erhöht. Dieser Trend habe sich im laufenden Jahr fortgesetzt. Angesichts der Wiederaufnahme der Öllieferung nach Österreich sei zu erwarten, dass Irans Gesamtexport in diesem Jahr den Wert von einer halben Milliarde Euro überschreiten werde. Sollte in den nächsten Jahren auch die geplante Gaslieferung hinzukommen, dann würde der Handel zwischen den beiden Staaten „mehrere Milliarden Euro“ betragen.

„Trotz dieser erstaunlichen Entwicklung befinden wir uns noch am Anfang des gemeinsamen Weges“, sagte Nabawi. Zwischen den faktischen Kapazitäten und dem vorhandenen Potenzial, insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit der Privatwirtschaft beider Länder, gäbe es noch einen großen Abstand. Die bilateralen Vereinbarungen zwischen Iran und Österreich bezüglich gemeinsamer Investitionen und das vom iranischen Parlament verabschiedete Gesetz zur Förderung und Erleichterung von Auslandsinvestitionen sollten Österreich zu größeren Aktivitäten ermuntern, empfahl der Botschafter. Andere europäische Konkurrenten wie

Deutschland, Frankreich und Italien hätten von den neuen Möglichkeiten bestens Gebrauch gemacht. Politisch und wirtschaftlich betrachtet, gäbe es keine andere Region auf der Welt, die mit dem Nahen und Mittleren Osten vergleichbar wäre. Hinzu käme, dass Iran selbst einen Markt mit siebzig Millionen Menschen darstelle und gleichzeitig ein Tor zu anderen Märkten wie Irak, Afghanistan und mittelasiatischen Staaten biete.

### Atomkonflikt und Ölpreis

Sollte der UN-Sicherheitsrat gegen Iran Sanktionen beschließen, werde der Ölpreis erheblich steigen und die Grenze von einhundert Dollar pro Barrel erreichen, sagte Hassan Moradi, Vorstandsmitglied des Energie-Ausschusses, im islamischen Parlament. Bereits jetzt sei der Ölpreis ungewöhnlich hoch. Ein weiterer Preisanstieg könne unter anderem durch eine Produktionssteigerung verhindert werden. Doch dazu wären zusätzliche Raffinerien, Bohrungen und Pipelines nötig, was die OPEC-Staaten kurzfristig nicht leisten könnten.

Etwasige Wirtschaftssanktionen gegen Iran würden den Ölpreis sofort in die Höhe treiben und „die Weltwirtschaft lahm legen“, sagte Moradi und fügte hinzu: „Wenn die Europäer und Amerikaner klug wären, würden sie nicht mit diesem Pulverfass spielen. Sie würden sich bemühen, den Konflikt friedlich beizulegen.“

### Hundert Millionen Dollar für Schulen

Der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Lehre und Forschung, Ali Abbaspur Tehrani, berichtete der Nachrichtenagentur Fars, Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad habe dem Vorschlag des Ausschusses zugestimmt, einhundert Millionen Dollar aus dem Devisenreservefonds den Schulen des Landes zukommen zu lassen. Mit dieser zusätzlichen Hilfeleistung soll das Problem der Schulgebühren gelöst werden. „Die Schulleiter können nun sicher sein, dass Parlament und Regierung ihren Pflichten nachkommen und so rasch wie möglich den Schulen das Geld zur Verfügung stellen werden“, sagte Tehrani. Damit hätten alle Schüler an staatlichen Schulen die Möglichkeit, die Schule gratis zu besuchen.

**UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung: Iran an 99. Stelle**

Beim diesjährigen UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung in 177 Ländern liegt Iran an 99. Stelle. Der Bericht, der jährlich durch United Nations Development Programme (UNDP) herausgegeben wird, untersucht die ökonomische, soziale und kulturelle Lage der Länder. Demnach lag Iran im vergangenen Jahr an 101. Stelle und hat seinen Rang im internationalen Vergleich um zwei Stellen gebessert.

Dem Bericht zufolge ist das durchschnittliche Lebensalter in Iran im Vergleich zum Vorjahr bei Männern von 68,8 auf 69 und bei Frauen von 71,7 auf 71,9 Jahren gestiegen. Insgesamt zeigt das durchschnittliche Lebensalter einen Anstieg von 70,1 auf 70,4 Jahren.

Das Bruttosozialprodukt liegt insgesamt bei 137,1 Milliarde Dollar und pro Kopf bei 2066 Dollar. Bezüglich des Bruttosozialprodukts liegt Iran im internationalen Vergleich an 70. Stelle. Die Inflationsrate lag in den Jahren 1990 bis 2003 im Durchschnitt bei 22,8 Prozent und im laufenden Jahr bei 16,5 Prozent.

Bezüglich der Armut steht Iran unter 103 Ländern an 36. Stelle. Zwei Prozent der Menschen haben pro Tag weniger als einen Dollar und 7,3 Prozent weniger als zwei Dollar zur Verfügung. Sieben Prozent der Bevölkerung haben nur gelegentlich Zugang zu sauberem Wasser.

Laut Einschätzung der UNDP wird das Bevölkerungswachstum zwischen 2003 und 2015 im Jahresdurchschnitt 1,3 Prozent betragen. Demnach wird die Bevölkerungszahl im Jahre 2015 bei 79,9 Millionen liegen.

Die staatlichen Ausgaben für Gesundheit betragen 2,1 Prozent und die privaten Ausgaben 3,1 Prozent des Bruttosozialprodukts. Pro Kopf liegen die Ausgaben für Gesundheit bei 432 Dollar im Jahr.

4,9 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts oder 17,7 Prozent der Staatsausgaben werden für Schul- und Ausbildung zur Verfügung gestellt. 72 von 1000 Iranern benutzen das Internet.

Die importierten Waren und Dienstleistungen haben den gleichen Wert wie 23 Prozent und die exportierten Waren den gleichen Wert wie 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. 92 Prozent der exportierten Waren sind Rohstoffe, 8 Prozent manuell oder industriell hergestellte Produkte, davon 2 Prozent Produkte der modernen Technologie. Direkte Nettoinvestitionen aus dem Ausland sind mit 0,1 Prozent am Bruttoinlandsprodukt beteiligt.

Laut Angaben des UN-Berichts sind Frauen an den gesamten Wirtschaftsaktivitäten des Landes mit 30,5 Prozent beteiligt.

**Deutsche Unternehmen vor Irans Rüstungsplänen gewarnt**

Die Bundesregierung hat deutsche Unternehmen davor gewarnt, Komponenten an Iran zu liefern, die dem Land bei der Herstellung von ABC-Waffen helfen könnten. Der deutsche Depeschendienst (ddp) zitierte am 2. September aus einem vertraulichen Schreiben des Bundeswirtschaftsministeriums, in Teheran gelte das besondere Interesse „den proliferationsrelevanten Bereichen der Nuklear- und Trägertechnologie sowie der Entwicklung und Fertigung biologischer und chemischer Kunststoffe“.

In dem Schreiben des Ministeriums wird vor Lieferungen an verdeckte militärische Beschaffungsstellen der Iraner gewarnt. Genannt werden als vorwiegend militärische Beschaffer die Associated Fajr Industries Factories (AFIF) in der Stadt Schiraz, die Firma Barzagani Hava & Faza in Teheran, die Joza Industrial Co. in Teheran, Saman Projects Management in Teheran, die Shahid Darvishi Marine Industries in Bandar Abbas und Yazd Metallurgy Industries in Yazd.

Ferner macht das Ministerium darauf aufmerksam, dass die Jebel Ali Freihandelszone in Dubai von Iran als Brückenkopf für Poliferation genutzt werde. Für die Beschaffungsaktivitäten seien etwa die MJP International Co. und die Al Sanabel General Trading L.L.C. erkannt worden. Die über Dubai geleiteten Güter unterlägen nicht der „Kontrolle durch Landesbehörden“. Dubai trete zudem auch als „Finanzierungsplatz“ für verschiedensten Beschaffungsaktivitäten in Erscheinung.



### Indien und Iran und die Gaspipeline

Irans neuer Außenminister Manutschehr Mottaki erklärte nach einem Treffen mit seinem indischen Amtskollegen Natwar Singh in Teheran, die Verhandlungen der beiden Länder Iran und Indien über den Bau einer Gaspipeline seien in der Schlussphase und beide Regierungen seien übereingekommen, mit der Konkretisierung des Projekts zu beginnen.

Die sieben Milliarden Dollar teure Gaspipeline soll von Iran aus über Pakistan nach Indien laufen. Wie Mottaki in der gemeinsamen Pressekonferenz mit Singh berichtete, soll die Konkretisierung des Projekts noch vor Jahresende gemeinsam mit Pakistan geklärt werden. Die Verzögerungen, die es bisher gegeben habe, seien auf bürokratische Hemmnisse sowie auf den Regierungswechsel in Iran zurückzuführen.

Natwar Singh, der mit einer siebenköpfigen Delegation nach Teheran gereist war, hatte bereits während seines offiziellen Besuchs mit Parlamentspräsident Haddad Adel, dem neuen Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Ali Laridjani, und dem neuen Staatschef Mahmud Ahmadinedschad Gespräche geführt. Das Hauptanliegen seines Besuchs war die Gaspipeline.

Wenige Tage vor dem Besuch des indischen Außenministers hatte Laridjani Indien einen Besuch abgestattet. Dieser Besuch hatte im Rahmen der neuen Strategie Irans stattgefunden, die allgemein als Wendung zum Osten bezeichnet wird. Demnach will sich die neue iranische Regierung vor allem nach dem Scheitern der Atomverhandlungen mit den drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien mehr dem Osten, insbesondere Russland, Indien und China zuwenden. Zu diesen Staaten bestehen bereits enge wirtschaftliche Beziehungen, die weiter ausgebaut werden sollen. Auch politisch sollen die Beziehungen zu Russland, den ostasiatischen Staaten und den arabischen Staaten intensiviert werden. Damit hofft Iran auch für seine Position bezüglich des Atomkonflikts wirksame Unterstützung erhalten zu können.

### Zeitungsbericht: Gasabkommen geplatzt

Am 27. September warnte Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi vor der Presse in Teheran: „Die EU-Staaten und die A-

tombehörde sollten aufhören, den Druck auf uns zu verstärken und uns damit zu harten Reaktionen zu zwingen. Sie sollten die Atmosphäre nicht soweit trüben, dass sie außer Kontrolle gerät.“ Weiterhin erklärte Assefi, Iran werde seine Wirtschaftsbeziehungen zu jenen Ländern, die in Wien der Resolution zugestimmt hätten, überprüfen. Zu diesen Ländern gehörte auch Indien. Indien hatte sich zunächst gegen die Anrufung des UN-Sicherheitsrats ausgesprochen, sich aber später, als der erste Resolutionsentwurf etwas abgemildert worden war, umstimmen lassen. Teheran zeigte sich gerade über diesen Sinneswandel besonders erbost.

Nach einem Bericht der Tageszeitung „Hindustan Times“ hat Teheran am 27. September die Vereinbarung über die Lieferung von Erdgas an Indien platzen lassen. Der iranische Botschafter in Neu-Delhi habe gegenüber dem indischen Außenminister Natwar Singh die tiefe Enttäuschung seiner Regierung zum Ausdruck gebracht, schreibt die Zeitung.

### Die unendliche Geschichte mit Turkcel

Seit drei Jahren schon laufen die Verhandlungen mit dem türkischen Unternehmen Turkcel über den Ausbau des iranischen Mobilfunknetzes. Zweimal wurde der Vertrag unterzeichnet und es ist immer noch nicht sicher, ob das Unternehmen mit dem Projekt beginnen kann. Im Gegenteil, die neuesten Meldungen besagen, dass die vereinbarte Zusammenarbeit gekündigt werden soll.

Ebrahim Mahmudzadeh, Vorstandsmitglied eines Konsortiums mit dem Namen „Iran-cel“, das als iranischer Partner von Turkcel das Projekt durchführen soll, teilte am 11. September der Presse mit, Turkcel habe die vereinbarten finanziellen Verpflichtungen nicht eingehalten. Es habe auch juristische Probleme gegeben. Deshalb sei die Zusammenarbeit mit Turkcel gekündigt worden. Nun sei man mit dem südafrikanischen Unternehmen „M.T.N.“ in Verhandlung getreten. Das Unternehmen hatte bei der Ausschreibung des Projekts vor drei Jahren nach Turkcel das zweitbeste Angebot vorgelegt.

Das Projekt sieht vor, innerhalb von fünf Jahren 16 Millionen Mobilfunkverbindungen bereitzustellen. In einer ersten Phase sollen 5 Millionen Verbindungen zu je 150.000 Tuman (150 Euro) verkauft werden. Zurzeit gibt es



in Iran rund sieben Millionen Mobilfunkverbindungen. Diese sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre auf 40 Millionen erhöht werden.

Ursprünglich sollte Turkcel mit siebenzig Prozent an dem Projekt beteiligt werden. Doch das vor eineinhalb Jahren neu gewählte Parlament, in dem die Konservativen die absolute Mehrheit erobert hatten, legte Widerspruch gegen den bereits abgeschlossenen Vertrag ein. Nach endlosen Verhandlungen, die auch die iranisch-türkischen Beziehungen erheblich beeinträchtigten, gab sich Turkcel mit einem Anteil von 49 Prozent zufrieden. Anfang September wurde der neue Vertrag unterzeichnet.

Ökonomische Gründe für die Kündigung gibt es keine. Der Umstand, dass auf iranischer Seite die „Stiftung für Habenichtse“ und die Organisation der Revolutionswächter beteiligt sind, könnte zu der Vermutung führen, dass politische Machtkämpfe zu den Zwistigkeiten geführt haben. Innerhalb des islamischen Machtapparats gibt es mafiose Organisationen und Unternehmen, die nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch miteinander rivalisieren. Die „Stiftung für Habenichtse“, die inzwischen wie ein Großkonzern auf verschiedenen Feldern den iranischen Markt beherrscht, gehört dazu.

Bahram Hassanzadeh, Sprecher von Turkcel, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur IRNA, sein Unternehmen habe alle gesetzlichen Vorschriften und Verpflichtungen erfüllt. „Die Entscheidung darüber, ob der Vertrag gekündigt werden soll, liegt bei der iranischen Regierung“, fügte er hinzu. Die beteiligten Unternehmen auf iranischer Seite hätten dazu keine Befugnisse. Die Regierung in Teheran hat bislang keine offizielle Stellungnahme zu der jüngsten Auseinandersetzung abgegeben.

Turkcel ist nicht das einzige Unternehmen, das den Rivalitäten innerhalb der herrschenden Macht zum Opfer fällt. Letztes Jahr haben die Revolutionswächter die Eröffnung des Teheraner Flughafens verhindert, weil die Regierung Chatami die Konzession für sämtliche Flughafendienstleistungen an eine türkische Firma vergeben hatte. Erst als der Vertrag Monate später gekündigt wurde, konnte der Flughafen in Betrieb genommen werden.

### III. Außenpolitik

#### Der Streit um das iranische Atomprogramm eskaliert

Der iranische Atomunterhändler Ali Asghar Sultanieh hat am 21. September vor Journalisten in Wien gedroht, sollte die Internationale Atombehörde (IAEA) den Streit um das iranische Atomprogramm an den UN-Sicherheitsrat weiterleiten, werde sein Land das sogenannte Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag aufkündigen und die Urananreicherung wieder aufnehmen. Das Zusatzprotokoll, das im vergangenen Jahr von der iranischen Regierung unterzeichnet, jedoch bisher vom Parlament nicht ratifiziert wurde, erlaubt der internationalen Atombehörde, unangemeldete Atomanlagen und die dazugehörigen Einrichtungen zu kontrollieren.

Mit der Drohungen reagierte Teheran auf eine von der EU vorbereitete Resolution, in der IAEA-Generaldirektor El Baradei aufgefordert wurde, „die zahlreichen Verstöße und Versäumnisse Irans gegen seine Verpflichtungen aus dem Atomsperrvertrag“ an den Sicherheitsrat und die UN-Vollversammlung zu „melden“. Durch die Einschaltung höchster UN-Gremien sollte Teheran zu dauerhafter Aussetzung der Urananreicherung gezwungen werden. Der Resolutionsentwurf war die schärfste Stellungnahme der EU seit Beginn der Verhandlungen der drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien mit Iran vor zwei Jahren. Die Regierung in Teheran habe „vielfach“ die Verpflichtungen aus dem Atomsperrvertrag gebrochen, hieß es in dem Entwurf. Im Umgang mit der IAEA habe Iran sich „umfangreiches Verschweigen, irreführende Informationen und Fristverletzungen beim Zugang zu Atommaterial und -Anlagen“ zu Schulden kommen lassen. Die IAEA-Inspektoren müssten „ungehinderten Zugang“ zu den Atomanlagen erhalten, eine Zusammenarbeit Teherans mit der Atombehörde sei „unverzichtbar“.

Zunächst hatte Teheran nach Bekanntwerden des Resolutionsentwurfs mit dem Ausstieg aus dem Atomsperrvertrag und einem Zudrehen des Öl-Hahns gedroht. Atomunterhändler Ali Laridjani sagte am 20. September in Teheran, seine Regierung werde die „Sprache der Gewalt“ nicht dulden und sich nicht zu Schritten zwingen lassen, „die den Interessen des Landes widersprechen“. Um seine „technischen Errungenschaften“ zu



sichern, könne sein Land sich gezwungen sehen, die Verpflichtungen aus dem Atomsperrvertrag aufzukündigen und die Uran-Anreicherung wieder aufzunehmen. Einige Länder, die mit Iran Handel betreiben, „vor allem im Bereich Erdöl“, hätten die Regierung in Teheran im Atomstreit „bislang nicht verteidigt“. Laridjani drohte damit, zwischen beiden Fragen einen Zusammenhang herzustellen. Wer die nationalen Rechte Irans verteidige, erleichtere auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Einen Tag später machte Teheran einen Rückzieher. Vizepräsident Gholamresa Aghasadeh schloss einen Austritt seines Landes aus dem Atomsperrvertrag aus. „Es ist nicht die Absicht der Islamischen Republik Iran, den Vertrag zu verlassen“, sagte er am 21. September vor der Sitzung des Gouverneursrats der IAEA in Wien.

Das EU-Trio Deutschland, Frankreich, Großbritannien hatte nach dem Scheitern der zweijährigen Verhandlungen sich dem harten Kurs der USA angeschlossen und der Weiterleitung des Konflikts an den Sicherheitsrat zugestimmt. Aber die EU-Initiative war von vornherein halbherzig. Nach Äußerungen von Diplomaten wurden mit der Einschaltung des UN-Sicherheitsrats keine Sanktionen gegen Iran beabsichtigt. Es solle lediglich den Forderungen der IAEA und der EU mehr Nachdruck verliehen und damit die seit August ausgesetzten Verhandlungen wieder belebt werden. „Es geht nicht um Strafen“, sagte auch der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy am Rande der UN-Vollversammlung in New York. Vielmehr solle damit die Autorität der IAEA gestärkt werden. Er werde sich darüber mit seinem chinesischen und russischen Kollegen unterhalten, kündigte Douste-Blazy an.

Doch Moskau und Peking, auch Indien und eine ganze Reihe von blockfreien Ratsmitgliedern der IAEA nahmen gegen die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats Stellung. Russland, China und Indien erklärten in einer gemeinsamen Stellungnahme ihrer Außenminister in New York: „Die Minister stimmen überein, dass die Situation um das Atomprogramm Irans nicht unumkehrbar ist.“ Es gebe nach wie vor Möglichkeiten, das Problem im Rahmen der IAEA zu lösen.

Der Schritt sei kontraproduktiv und politisiere den Konflikt unnötigerwei-

se, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow. Iran arbeite nach wie vor mit der Internationalen Atombehörde zusammen und habe mit der Anreicherung von Uran noch nicht begonnen.

„Der Iran verletzt seine Pflichten nicht und seine Maßnahmen sind keine Gefahr für die Regeln zur Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen“, sagte Lawrow weiter.

Russland baut für rund eine Milliarde Dollar das iranische Atomkraftwerk in Buschehr. Indien und China sind auf das iranische Erdöl bzw. Erdgas angewiesen. Iran hat in den letzten Monaten verstärkt seine wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Russland und den mittel- und ostasiatischen Staaten ausgebaut.

Irans Botschafter bei der IAEA, Mohammad Akhundsadeh, wies alle Vorwürfe der EU zurück. Die internationale Gemeinschaft sei „durch voreingenommene, politisierte und übertriebene Berichte bestimmter Kreise getäuscht“ worden, sagte er. Gleichzeitig zeigte er sich aber verhandlungsbereit. Er lud El Baradei zu einem baldigen Besuch Irans ein.

Der Widerstand zeigte Wirkung. Ausgehend davon, dass für den Resolutionsentwurf keine Mehrheit im Gouverneursrat zu erreichen war oder zumindest eine große Minderheit der Mitglieder dagegen stimmen würde, verzichtete die EU auf die Forderung, den UN-Sicherheitsrat sofort einzuschalten und legte einen neuen Entwurf vor, in dem IAEA-Generalsekretär EL Baradai aufgefordert wurde, bis zur nächsten Sitzung des Gouverneursrats im November einen neuen Bericht über die Zusammenarbeit mit Iran vorzulegen. Auf dessen Basis sollten dann die 35 Mitgliedstaaten des Gremiums entscheiden, ob und wann Teheran dem Weltgremium in New York gemeldet wird. In der Resolution wurde zum ersten Mal Iran vorgeworfen, gegen den Atomsperrvertrag verstoßen zu haben. Nach den Regeln der Organisation müssen solche Verletzungen dem Sicherheitsrat gemeldet werden. Unter anderem wurde Teheran vorgehalten, der IAEA achtzehn Jahre lang Teile seines Atomprogramms verschwiegen und Resolutionen der Atombehörde missachtet zu haben.

Entgegen der üblichen Praxis, Resolutionen einmütig zu verabschieden, wurde dieses Mal über die Resolution abgestimmt. Nur 22 der 35 Mitgliedsstaa-





ten stimmten dafür, zwölf Staaten, darunter Russland und China, enthielten sich, allein Venezuela stimmte dagegen. Indien hat offenbar auf Druck Washingtons und der EU seinen Widerstand aufgegeben und der Resolution zugestimmt.

#### Reaktionen auf die Resolution

Die USA, die schon seit längerer Zeit die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats fordern, begrüßten die Resolution. „Dies ist ein bedeutsamer Schritt nach vorn in den internationalen Bemühungen, den Iran zu isolieren, und es ist ein Rückschlag für Irans Atomstrategie“, sagte Vizeaußenminister Nicholas Burns. Die in Berlin erscheinende Tageszeitung (taz) zitiert einen Vertreter der US-Administration, der nicht genannt werden wollte. Dessen Angaben zufolge hätten die USA versucht, das EU-Trio Deutschland, Frankreich, Großbritannien „bei seinen Verhandlungen mit Teheran auflaufen zu lassen, um damit die Europäer auf den Kurs der USA zu bringen“.

Der britische Außenminister Jack Straw mahnte Iran im Namen der derzeitigen EU-Ratspräsidentschaft, nur wenn Teheran ohne jeden Zweifel deutlich mache, dass es die Herstellung von Nuklearwaffen nicht anstrebe, könnten die Beziehungen mit Europa und dem Rest der internationalen Gemeinschaft verbessert werden.

Auch Berlin begrüßte die Resolution: „Dies ist ein überzeugendes Ergebnis und ein klares Signal an Teheran, die große Besorgnis der internationalen Staatengemeinschaft über das iranische Atomprogramm ernst zu nehmen und ihr Rechnung zu tragen“, sagte Außenminister Joschka Fischer.

IAEA-Generalsekretär El Baradei erwähnte nach der Abstimmung ausdrücklich die nächste Tagung des Gouverneursrats am 24. November als Termin. Bis dahin, so der Chef der Wiener Behörde, hätten alle Beteiligten Zeit, „nach einer Lösung zu suchen“. Mehrere Mitgliedsländer, darunter Indien und Südafrika, hätten sich als Vermittler angeboten, um das EU-Trio und Iran wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. El Baradei bedauerte ausdrücklich, dass der Gouverneursrat den Entwurf nicht, wie üblich, „einmütig“ beschlossen habe. „Wir können es uns einfach nicht leisten, beim Thema

„Nichtverbreitung“ (von Atomwaffen) uneinig zu erscheinen.“

Teheran reagierte, wie erwartet, zornig auf die Resolution. Sie entbehre jeder rechtlichen Grundlage, sagte Außenminister Manutschehr Mottaki in einer ersten Stellungnahme. Sein Land behalte sich das Recht zur friedlichen Nutzung der Atomenergie vor. Am folgenden Tag schickte Teheran eine offizielle Erklärung an die Internationale Atombehörde, in der es hieß, Iran habe alles darangesetzt, trotz „unzulässiger Einmischungen“ die „völlig unbegründeten Vorwürfe“ zu klären und die bestehenden Zweifel zu beseitigen. Es liege bis heute kein einziger Beweis dafür vor, dass Iran die Absicht habe, Nuklearwaffen herzustellen. Für die Attacken gegen Iran, die nur von westlichen Staaten ausgingen, gebe es nur einen einzigen Grund: die Staaten, die keine Atomtechnologie besitzen, sollen niemals die Möglichkeit erhalten, selbst den Brennstoff für die friedliche Nutzung der Atomenergie herzustellen. Iran sei jedoch unter keinen Umständen bereit, auf sein Recht zu verzichten, heißt es weiter in der Erklärung. Sollte der Sicherheitsrat tatsächlich eingeschaltet werde, werde sich Iran nicht mehr an die freiwillig eingegangenen Verpflichtungen (Unterzeichnung des Atomsperrvertrags und vorübergehende Aussetzung der Urananreicherung) gebunden fühlen.

Auch Parlamentspräsident Haddad Adel reagierte auf die Resolution mit den Worten: „Das islamische Parlament wird niemals einem Vertrag zustimmen, der sich gegen ein eindeutiges Recht unseres Volkes richtet.“ Iran sei zwar bereit, weiterhin mit der Atombehörde zusammenzuarbeiten, werde sich jedoch niemals dem feindseligen Druck beugen. „Wir haben die Mitgliedschaft des Atomsperrvertrags angenommen, um die Atomenergie friedlich nutzen zu können, nicht um darauf zu verzichten.“

Außenminister Mottaki sagte: „Die Resolution ist illegal, unlogisch und politisch motiviert.“ Iran habe keine rechtliche Verpflichtung, sich an das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag (NPT) zu halten. Der Außenminister machte deutlich, dass Iran nicht die Absicht habe, sich aus dem Atomsperrvertrag zurückzuziehen und die Kooperation mit der IAEA ganz einzustellen. „Iran wird den NPT respektieren und weiter mit der IAEA zusammenarbeiten“, sagte Mottaki. Zugleich betonte er,





sein Land werde sich nicht dem Druck von außen beugen und sein ziviles Atomprogramm aufgeben. Weitere Gespräche im Rahmen des NPT seien aber möglich. „Iran wird jedoch neue Länder in die Gespräche integrieren.“

Weniger diplomatisch reagierte das islamische Parlament. 180 Abgeordnete unterzeichneten ein Schreiben an Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad, in dem sie ihn aufforderten, die Zusammenarbeit mit der IAEA einzuschränken und die bislang ausgesetzte Urananreicherung wieder aufzunehmen. Zudem solle die Regierung einen Bericht über die wirtschaftlichen Beziehungen zu jenen Ländern, die der Resolution zugestimmt haben, vorlegen. Iran werde auf jeden Fall seine wirtschaftlichen Beziehungen zu den Initiatoren der Resolution überprüfen, sagte Alaeddin Borudjerdi, Vorsitzender des Ausschusses für Sicherheit und Außenpolitik.

#### **Parlament beschließt Kündigung des Zusatzprotokolls zum Atomsperrvertrag**

Das islamische Parlament in Teheran hat am 28. September mit großer Mehrheit das Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag gekündigt. 162 von 231 anwesenden Abgeordneten stimmten einem Eilantrag zu, in dem die Regierung aufgefordert wird, das Zusatzprotokoll, das unangemeldete Kontrollen erlaubt, zu kündigen und weitere Inspektionen durch die Internationale Atombehörde (IAEA) zu stoppen, bis Irans Recht auf Fortsetzung seines Atomprogramms anerkannt wird. Ferner wird in dem Antrag die Möglichkeit eines Ausstiegs aus dem Atomsperrvertrag angedeutet.

#### **Demonstration vor britischer Botschaft in Teheran**

Während die Abgeordneten im Parlament die Ablehnung des Zusatzprotokolls zum Atomsperrvertrag beschlossen, demonstrierten rund 700 Studenten, die nach Augenzeugenberichten der radikalislamistischen Basidschi-Organisation angehörten, vor der britischen Botschaft. Sie bewarfen das Botschaftsgebäude mit Steinen, Feuerwerkskörpern und Tomaten. Mehrere Fensterscheiben gingen zu Bruch. Als die Demonstranten versuchten, die britische Flagge der Botschaft herunterzuholen, setzte die Polizei Tränengas ein. Es kam zu ge-

waltsamen Auseinandersetzungen, bei denen Demonstranten und Polizisten verletzt wurden. Die wütenden Basidschis verbrannten Autoreifen und die britische und amerikanische Fahne. Sie forderten auf Spruchbändern den Austritt Irans aus dem Atomsperrvertrag und den Abbruch der Beziehungen zu Großbritannien. Die EU-Verhandlungspartner Deutschland, Frankreich, Großbritannien bezeichneten sie als „Achse des Bösen“.

#### **„Kommersant“: Russland ist Verlierer**

Die in Moskau erscheinende Tageszeitung „Kommersant“ vertritt die Ansicht, Russland sei bei dem iranischen Atomkonflikt der eigentliche Verlierer. „Die unangenehmste Folge dieser Geschichte ist, dass nicht Iran, sondern Russland der große Verlierer sein wird. Es geht auf unsere Kosten, wie auch immer der Konflikt Teherans mit dem Westen gelöst wird“, schreibt die Zeitung. „Wenn Moskau fort fährt, Iran wegen seiner fehlenden Kompromissbereitschaft in Schutz zu nehmen, werden die ohnehin schon schwierigen russischen Beziehungen zum Westen noch komplizierter (...) Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Sanktionen gegen das Regime der Ayatollahs zu unterstützen, um einen großen Skandal im Verhältnis zum Westen zu vermeiden. Allerdings verlieren wir dann Iran als wichtigen Abnehmer unsererer Nukleartechnik. Außerdem wird sich unser Verhältnis zum führenden islamischen Staat im Mittleren Osten deutlich verschlechtern.“

#### **US-Vertreter zeigen Diplomaten Satellitenfotos von Irans Atomanlagen**

Laut einem Bericht der Washington Post vom 14. September haben US-Diplomaten versucht, mit einem Dia-Vortrag die von ihnen behauptete Existenz eines iranischen Atomwaffenprogramms zu untermauern. Während einer einstündigen Dia-Show seien Satellitenaufnahmen gezeigt worden, die belegen sollten, dass das iranische Atomprogramm einzig der Herstellung von Nuklearwaffen dient. Die Aussage des Vortrags mit dem Titel „Eine Geschichte der Verschleierung und Täuschung“ sei sehr einseitig gewesen, andere mögliche Erklärungen für das Atomprogramm Teherans seien nicht genannt worden, berichtete die Zeitung unter Berufung auf ausländische Diplomaten und Vertreter der US-Regierung.



Die Dias wurden im vergangenen Monat in Wien, dem Sitz der Internationalen Atombehörde, Vertretern von mehr als einem Dutzend Ländern gezeigt. Nach Angaben mehrerer Diplomaten erinnerte der Dia-Vortrag an die Präsentation von Satellitenfotos, mit denen der ehemalige US-Außenminister Colin Powell im Februar 2003 vor dem UN-Sicherheitsrat die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak belegen wollte, um den Irak-Krieg zu rechtfertigen.

#### **Israel: Iran könnte in einem halben Jahr Know-how für Atombombe haben**

Israel behauptet, Iran könnte in nur einem halben Jahr das nötige Know-how zum Bau einer Atombombe haben.

„Die Frage ist nicht, ob sie diese Bombe 2009 oder 2010 haben, sondern wann sie das Fachwissen für ihre Entwicklung haben“, sagte der israelische Außenminister Silwan Schalom bei einem Treffen mit Vertretern der jüdischen Gemeinde in New York am 20. September. Israelischen Geheimdiensten zufolge habe Iran in der Nuklearforschung enorme Fortschritte gemacht. „Es könnte nur sechs Monate dauern, bis sie den vollen Kenntnisstand haben“, fügte der Außenminister hinzu.

Demgegenüber benötigt Iran nach Einschätzung des unabhängigen Instituts für Strategische Studien in London mindestens fünf Jahre, um genug spaltbares Material für eine einzige Bombe herzustellen, realistischer seien jedoch 15 Jahre.

Schalom warnte davor, die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats auf die lange Bank zu schieben. Wenn nicht schnell gehandelt werde, könnte es bald schon zu spät sein, weil Iran bereits über alle Kenntnisse zum Bau von Atombomben verfüge, sagte der Minister.

Während der UN-Vollversammlung lieferten sich die verfeindeten Staaten Israel und Iran ein heftiges Wortgefecht über ihre Atomprogramme. Schalom bezeichnete Iran als „böses Regime“, das von Tyrannen regiert werde und die Welt mit seinen Atmwaffen terrorisieren wolle. Irans UN-Botschafter Ahmad Sadeghi nannte Israel daraufhin „ein zionistisches Regime mit dunkler Geschichte“. „Israels nukleare Gefahr und seine Fähigkeit zum Bau von Raketen vereint mit boshafem Benehmen und

satanischen Absichten stellen eine Gefahr nicht nur für den regionalen Frieden, sondern für die ganze Welt dar“, sagte Sadeghi.

#### **Iran bot USA Hilfe an**

Wie zahlreiche Staaten hat auch Iran nach der verheerenden Naturkatastrophe der USA Hilfe angeboten. Außenamtssprecher Hamid Reza Assefi erklärte der Presse gegenüber: „Sollten wir um Hilfe gebeten werden, werde wir diese auch leisten. Wir müssen aber sicher sein, dass unsere Hilfe auch tatsächlich gewünscht wird.“ Das iranische Angebot wurde vom US-Außenministerium in Washington bestätigt.

Die USA hatten im Dezember 2003 nach dem großen Erdbeben in der südiranischen Stadt Bam Iran Hilfe angeboten und sogar bestimmte Wirtschaftssanktionen gegen das Land vorübergehend aufgehoben. Damals hofften viele politische Beobachter, dass dieser humanitäre Akt auch politische Folgen haben werde und das Eis in den Beziehungen zwischen Washington und Teheran allmählich auftauen würde. Doch diese Hoffnungen wurden vor allem aufgrund des Streits um das iranische Atomprogramm zunichte gemacht. Auch das jüngste Hilfsangebot Teherans, auf das Washington nicht reagiert hat, wird vermutlich keinen Einfluss auf den eskalierenden Atomkonflikt haben.

#### **Vorwurf der Einmischung in irakische Angelegenheiten zurückgewiesen**

Teheran hat den Vorwurf der USA, Iran mische sich in irakische Angelegenheiten ein, entschieden zurückgewiesen. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte Iran vorgeworfen, durch Unruhestiftung im Süden Iraks seinen Einfluss stärken zu wollen. Der Vorwurf kam am Tag nach dem Ausbruch von Unruhen in der südirakischen Stadt Basra, die zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der britischen Armee und der irakischen Polizei geführt hatten. In einem Interview mit „Voice of America“ sagte Rumsfeld auf die Frage, ob die jüngsten Auseinandersetzungen in der sonst ruhigen Gegend Iraks auf iranische Aktivitäten zurückzuführen seien: „Iran ist seit Jahren im Süden Iraks aktiv.“ Die zahlreichen Pilger, die die heiligen Städte besuchten, machten die Grenze unkontroll-

lierbar. Hier treibe Teheran sein Spiel.

Die Nachrichten über iranische Aktivitäten seien grundlos und „manipuliert“, sagte Außenamtssprecher Hamid-Reza Assefi. „Sie sollen von der Tatsache ablenken, dass die Besatzer unfähig sind, Iraks Ordnung zu sichern. Im Hinblick darauf, dass die Lage im Irak zunehmend schlechter wird und die Menschen immer mehr Opfer und Verluste hinnehmen müssen, sollen gezielte Falschinformationen die öffentliche Meinung in die Irre führen.“ Iran habe von Anbeginn im Bezug auf die Sicherheit Iraks eine konstruktive Rolle gespielt und durch kontinuierliche Kontakte und Gespräche mit der irakischen Regierung und verschiedenen Parteien und Gruppen versucht, die Krise zu mildern, sagte Assefi. Er forderte die Besatzer auf, Irak zu verlassen und das Land dem irakischen Volk zu überlassen. Nur dadurch ließen sich Sicherheit, Frieden und Demokratie herstellen.